



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL  
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT  
Saarland – Lorraine – Luxembourg - Rheinland-Pfalz -  
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -  
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

---

## Empfehlung

### über die Rolle der lokalen Akteure bei der Umsetzung klimapolitischer Entscheidungen

#### Mit neuer Energie in die Zukunft

Der Interregionale Parlamentarierrat, zusammgekommen in seiner Plenarsitzung am 21. Juni 2013 in Trier,

- A. *vertritt die Auffassung, dass Investitionen in erneuerbare Energien und die Senkung des Energieverbrauchs eine Zukunftsperspektive für die Großregion sind,*
- B. *sieht die lokalen Akteure, insbesondere Kommunen und Verbandsgemeinden als Schlüsselement für den Erfolg dieses Prozess an,*
- C. *ist der Meinung, dass sowohl die kleinen Gemeinden als auch die größeren Städte über unterschiedliche und sich ergänzende Stärken verfügen, um gemeinsam an der Energiewende teilzuhaben im Sinne des Wohlergehens ihrer Bewohner,*
- D. *hält Klimaschutz und regionale Wertschöpfung für zwei Seiten einer Medaille, wobei die erneuerbaren Energien ein großes CO<sub>2</sub>-Einsparpotential und eine Wachstumschance für die Großregion in sich bergen,*
- E. *legt Wert darauf, dass Investitionen in erneuerbare Energien aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht zurückgefahren werden, zumal gerade in diesem Bereich Chancen für die Bewältigung derselben liegen,*
- F. *hebt hervor, dass jede Investition in erneuerbare Energien eine Investition in die Zukunft darstellt,*
- G. *berücksichtigt die EU-Ziele zur Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energiequellen beim europäischen Energieverbrauch um 20 % bis zum Jahr 2020 (Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen),*
- H. *erinnert daran, dass sich Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg im Rahmen der vorgenannten Richtlinie dazu verpflichtet haben, den Anteil der Energieproduktion am Endenergieverbrauch aus erneuerbaren Quellen im Jahr 2020 auf 23 %, 18 %, 13 % bzw. 11 % zu erhöhen,*
- I. *unterstützt die ehrgeizigen Initiativen der Regionen im Hinblick auf die Energiewende, wie beispielsweise die von Rheinland-Pfalz, die darauf abzielt, bis zum Jahr 2030 100 % des Eigenenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen.*

J. *stellt fest, dass konkrete transnationale Kooperationsprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien ein besonders geeignetes Integrationsinstrument darstellen, um die Großregion voranzubringen,*

**Empfiehl auf Vorschlag der Kommission 4 „Umwelt und Landwirtschaft“, die sich am 3. Mai 2013 zu diesem Thema in Morbach in Rheinland-Pfalz getroffen hat,**

1. das endogene Energiepotential der Großregion stärker zu nutzen und sowohl auf die Förderung der Energieeinsparung als auch auf die Energieeffizienz zu setzen und sich dabei auf die Dynamik der lokalen Akteure zu stützen,
2. die Energiewende, die auf die dezentrale, im Idealfall CO<sub>2</sub>-neutrale Energieerzeugung setzt, zu fördern und dabei die Kommunen bei der Erzeugung und Speicherung der erneuerbaren Energien stärker einzubeziehen,
3. den Erfahrungsaustausch zwischen den lokalen Akteuren bei der Umsetzung der Klimapolitik in der Großregion sowie eine echte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern, um das bestehende, sich ergänzende Potential intensiver zu nutzen,
4. die lokalen Akteure dazu anzuregen, transnationale Projekte in diesem Bereich umzusetzen, die auf regionaler, nationaler und EU-Ebene gefördert werden können,
5. die lokalen Akteure bei diesem Prozess zu begleiten durch die Umsetzung eines überregionalen Beratungs- und Informationssystems sowie durch gemeinsame technische Instrumente insbesondere für Projekte im Rahmen der neuen INTERREG-Förderperiode 2014-2020, für die Vorbereitungen unmittelbar aufgenommen werden sollten,
6. die Kosten der Energiewende gerecht zu verteilen und sich für eine sozialverträgliche Politik der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung einzusetzen, die vorrangig die von den lokalen Akteuren, die über geringe Finanzmittel verfügen, zu bewältigenden Probleme berücksichtigt,
7. die Eigenverantwortlichkeit der lokalen Akteure zu stärken und deren entscheidende ökologische und ökonomische Rolle durch Vereinfachung administrativer Verfahren zu weiterzuentwickeln,
8. gemeinsame Instrumente zu schaffen, die es ermöglichen, besonders beispielhafte grenzüberschreitende Projekte herauszustellen,
9. alle lokalen Akteure zu ermuntern, möglichst schnell kostengünstige Maßnahmen zu ergreifen, um den Energieverbrauch zu senken, etwa durch die Erstellung von Energiebilanzen und eine intelligente Energieverbrauchssteuerung (*smart metering*, Gebäudecheck), insbesondere was die Beheizung öffentlicher Gebäude angeht,
10. die lokalen Akteure bei der Suche nach Flächen, die nicht unter Schutz stehen und nicht für die Lebensmittelerzeugung oder die Landwirtschaft bestimmt sind und sich besonders gut für die Errichtung von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung eignen, zu unterstützen,
11. die lokalen Akteure aufzufordern, einen ständigen demokratischen Dialog mit den Bürgern über das wirtschaftliche, ökologische und soziale Potential der erneuerbaren Energien und die Schaffung direkter und indirekter Arbeitsplätze zu führen und Instrumente zu schaffen, die Bürger, Vereine und Unternehmen dazu veranlassen, sich

an der Erzeugung regenerativer Energien zu beteiligen und einen vernünftigen Umgang mit dem Energieverbrauch zu praktizieren,

12. Arbeitsplätze und Know-how zum Wohle der Bürger sowie grenzüberschreitende Referenzzentren im Bereich erneuerbare Energien, insbesondere in den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten und strukturell benachteiligten Gebieten der Großregion zu schaffen,
13. über zielgerichtete Investitionen die Entwicklung von intelligenten Stromnetzen sicherzustellen und entsprechende Speichermöglichkeiten für Strom zu schaffen, damit die Großregion auf dem Energiebinnenmarkt, den die Europäische Union dabei ist einzurichten, einen guten Platz einnimmt,
14. bis zum Ende der nächsten Präsidentschaft der Großregion auf der Grundlage der Begutachtung des Energiepotentials und der Machbarkeitsstudien im Bereich der erneuerbaren Energien, die in den verschiedenen Teilregionen der Großregion ausgearbeitet wurden, einen vergleichenden Bericht zu erstellen und dem IPR spätestens im Frühjahr 2014 die Ergebnisse vorzustellen,
15. dass der Gipfel der Großregion konkrete Vorschläge in Bezug auf eine gemeinsame Strategie für erneuerbare Energien vorlegt.

Der Interregionale Parlamentarierrat richtet die vorliegende Empfehlung an

- den Regionalrat Lothringen
- die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
- die Regierung der Fédération Wallonie-Bruxelles
- die Regierung der Wallonie
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
- die Regierung von Rheinland-Pfalz
- die Regierung des Saarlandes

und gleichzeitig an:

- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
- die Regierung der Französischen Republik
- die Regierung des Königreichs Belgien
- die Europäische Kommission
- das Europäische Parlament
- die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Großregion

Trier, den 21. Juni 2013